



Haushaltsrede 2026

Landkreis Fürth, den 09.02.2026

Sehr geehrter Herr Landrat Obst,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste und Pressevertreter,
sehr geehrte Damen und Herren Kreistagskollegen,

zum zweiten Mal in Folge brauchten wir für unseren Landkreis-Haushalt eine Sparkommission und eine Verwaltung mit nachdrücklichem Sparwillen. **Dankenswerterweise** lief die Vorarbeit und Erläuterung durch die Kämmerei und die gesamte Verwaltung wie immer vorbildlich und die Zusammenarbeit aller dabei schon routiniert. Der Anlaß sollte freilich nicht zu einer Sache der Routine werden.

Seit dem Ende der Corona-Maßnahmen beklagen wir nämlich erstmals wieder einen Rückgang der **Steuerkraft** im Landkreis. Dies liegt vor allem an der Gewerbesteuer, die in 2024 um 9 Mill. € niedriger ausfällt, während man in Fürth hier aktuell Rekordeinnahmen verzeichnet.

Bei der Entwicklung der Umlagekraft bleiben wir so um insgesamt über 15 % auch hinter dem Durchschnitt der anderen mittelfränkischen Landkreise. Dies korrespondiert zeitversetzt mit aktuellen Meldungen über Insolvenzen oder Standortverlagerungen wie bei Playmobil, mit gestiegenen Arbeitslosenzahlen und der **Diskussion über Arbeitszeiten**.

Letzteres ist ein Eingeständnis, daß die Politik in ganz Deutschland vor einem **Rückgang des Lebensstandards** steht, insbesondere wenn das möglicherweise mehr erarbeitete zu einem immer größeren Teil in Steuern fließt, die man dann auch noch für Waffen oder andere brachiale Maßnahmen wie den Eingriff in den Klimawandel verwendet.

So gut das auch gemeint sein sollte, vorausschauender wie die Mahnungen eines Ludwig Erhard oder Herbert Gruhl zum Maßhalten oder eines Jakob Kaiser zu Deutschlands Brückenfunktion in Europa wären uns manche Kosten vielleicht erspart geblieben - bis hin zur geplanten Stelle im Zivilschutz.

Im **Sozialetat** ist das Defizit innerhalb von nur 4 Jahren um über 50 % angestiegen. Diesmal nehmen die Kosten nicht nur im Jugendamt, sondern auch bei den Sozialen Hilfen wieder stärker zu.

Beim **ÖPNV** liegt die Diskrepanz zwischen Aufwand und Erträgen nun bei über 8 Mill. € und auch in den Folgejahren rechnet die Verwaltung hier bereits mit mind. einer halben Millionen € mehr Defizit als bisher.

Auch die entlastenden **Schlüsselzuweisungen** an Bezirk und Landkreis müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Bei diesen erhöht sich der Abstand zwischen uns und unseren Gemeinden von unter 5 auf über 8 Mill. €. Statt 20 % erhalten letztere damit nun fast 30 % mehr Mittel als der Landkreis.

Allerdings wird zum 4. Mal in Folge der **Kreisumlage-Hebesatz** angehoben und liegt so erneut mit an der Spitze in Mittelfranken, obwohl unser Haushalt bei fast 196 Mill. € quasi stagniert. Der weitaus größte Kostenanstieg ergibt sich für Zirndorf mit fast 20 % und 3,3 Mill. € mehr.

Dem haben Verwaltung und Sparkommission entgegengewirkt, indem endlich - wie von uns schon länger gefordert - auch beim **Klimaschutz** reduziert wurde. Und richtig finden wir auch, wenn bestimmte **Radwege** und Straßenumbauten noch einmal hinterfragt werden.

Denn der Landkreis-**Schuldenstand** pro Einwohner hat sich bereits dieses Jahr deutlich erhöht und wird weiter dramatisch ansteigen. Vielen Dank, Herr Kämmerer, für Ihre Antworten und die Berücksichtigung meines Hinweises auf den tatsächlichen Stand hierzu noch heute morgen!

Sinkende Gewerbesteuern, höhere Sozialkosten und mehr Verschuldung sind das **Bermuda-dreieck**, durch das uns wohl auch der nächste Kreistag schiffen muß! Selbst wenn wir wie bisher keine freiwilligen Leistungen und erfreulicherweise endlich einmal keinen Personalanstieg zu verzeichnen haben.

Auch das durch den Freistaat verletzte Prinzip der Kostenübernahme für **staatliche und übertragene Aufgaben** macht schon mehrere Hebesatzpunkte aus. Sollten wir hier gegenüber der Landkreisbevölkerung und für eine erfolgreiche Verhandlung mit dem Freistaat nicht endlich noch mehr **Transparenz** wagen? Dies wäre immerhin ein erster Schritt vor einer teuren Klage.

Die faktische Verdoppelung der direkt oder indirekt bezahlten Stellen im Bereich Ausländer, Asyl und Integration während der zu Ende gehenden Wahlperiode hat einzig meine Fraktion teils wegen der Verletzung des Konnexitätsprinzips abgelehnt und teils weil der Bund hier nun zumindest ansatzweise die Turbo-Umgestaltung Deutschlands zu einem klassischen Einwanderungsland abgemildert hat.

Die demokratische kommunale Selbstverwaltung wird erst dann mit Leben gefüllt, wenn wir uns nicht nur auf Klimawandel und demographischen Wandel einstellen, wie jetzt mit dem Pflegestützpunkt, sondern als verantwortungsvolle Kommunalpolitiker darauf achten, daß wir statt parteipolitische Befindlichkeiten eher die langfristigen **Grundlagen unserer Gesellschaft stärken**.

Also die Natur auch bei den Menschen wieder mehr in den Blick nehmen, sein Bedürfnis, Halt und Sinn auch in der Geborgenheit und Zugehörigkeit zu einer örtlichen Gemeinschaft zu finden, die sie selbst und zusammen mit uns hier vor Ort **mitgestalten**.

Zu einer grundlegenden Strategie gehört daher auch die Unterstützung von Familien, Vereinen und privaten Initiativen, eine Arbeitspflicht für Asylbewerber, die Förderung von Gewerbe, Handel und Industrie im Einzugsgebiet der näheren Hochschulen, ein sensibler Umgang mit Landschafts- und Ortsbildern und eine stärkere direktdemokratische Einbeziehung der Bevölkerung durch **offene Informationsveranstaltungen** und **Bürgerentscheide**.

Ein gutes Beispiel, auf wieviel Interesse ausgewogene Information und **gleichberechtigte politische Vielfalt** stößt, war z.B. die letztwöchige übervolle Podiumsdiskussions-Veranstaltung durch einen Unternehmerverein in Langenzenn. Von Politikverdrossenheit oder gar Demokratie-Müdigkeit war da nichts zu spüren.

Diesen lebensfreundlichen und leistungsbereiten Geist wünsche ich mir auch für die weitere Entwicklung unseres Haushaltes im Landkreis Fürth. Dieser hat zumindest seine Sparverantwortung und - soweit es ging - auch Gestaltungswille gezeigt. Man kann daher aus meiner Sicht diesmal sowohl dem Haushalt als auch dem Stellenplan zustimmen.

Claus-Georg Pleyer,
Fraktionsvorsitzender